Gegründet 1877 | Gegründet 1877

Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen"

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Bezugspr.: Monatl. d. Post ℳ 1.20 einschl. 18 ₰ Beförd.-Geb., zuz. 36 ₰ Zustellungsgeb.; d. Ag. ℳ 1.40 einschl. 20 ₰ Austrägergeb.; Einzeln. 10 ₰. Bei Nichterscheinen der Zeit. inf. höh. Gewalt od. Betriebsstör. besteht kein Anspruch auf Lieferung. Drahtanschrift: Tannenblatt. / Fernruf 321.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 5 Pfennig, Textmillimeterzeile 15 Pfennig. Bei Wiederholung oder Mengenabschluß Nachlaß nach Preisliste. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold.

Nummer 57 | Altensteig, Mittwoch, den 10. März 1937 | 60. Jahrgang

Nunmehr beginnt die Frontarbeit

Schlußappell des Führernachwuchses auf Burg Vogelsang

Glänzende erzieherische Erfolge der Partei

Köln, 9. März. Nachdem am Montag in einer Ansprache von Reichsorganisationsleiter Dr. Ley und Reichsleiter Alfred Rosenberg der Führernachwuchs der Partei noch einmal auf die nunmehr beginnende wichtige Frontarbeit hingewiesen worden war, fand am Dienstag auf dem Walburghof in der Nähe der Ordensburg Vogelsang der Schlußappell in Anwesenheit von Dr. Ley statt.

Kurz nach 16 Uhr traf Dr. Ley, begleitet von sämtlichen Gauobmännern der DAF. auf dem weiten Feld ein, wo Burgkommandant Manderbach ihm die fünf angetretenen Hundertschaften des Führernachwuchses meldete. Nach dem Abschreiten der Front zeigten die Hundertschaften in mustergültiger Haltung einige Exerzierübungen, die ihnen ein uneingeschränktes Lob Dr. Ley's eintrugen. Das eindrucksvolle Bild wurde durch einen Vorbeimarsch vor dem Reichsorganisationsleiter abgerundet. **Dieser Schlußappell stellte eindeutig unter Beweis, daß die 500 Führeranwärter, die nur ein Jahr geschult worden sind, trotzdem einen Typ darstellen, der seiner Aufgabe, der ewigen Behauptung der Ideen Adolf Hitlers gewachsen ist.** Hier wird ein erzieherischer Erfolg sichtbar, von dem Dr. Ley in seiner Rede am Montag folgende Beispiele anführte: „Vor einigen Tagen habe ich auf der Burg mit einem Steinarbeiter gesprochen. Er ging während des Weltkrieges zur Schule und hat wegen des damaligen Lehrermangels nur eine mäßige Volksschulausbildung genossen. Dieser Mann hat sich laut Bewertung seiner Erzieher und seines Burgkommandanten in einem Jahre in jeder Beziehung zu einem der Besten des Lehrganges entwickelt, ein Erfolg, auf den wir stolz sind." Ein zweites Beispiel führte Dr. Ley an: „Vor einem Jahr kam ein Führeranwärter, der Akademiker ist. Er war ein sehr schwer zu behandelnder Mensch, der seinen Vorgesetzten anfangs sehr viel Arbeit machte. Er hat seinen Dünkel abgelegt. Es ist uns gelungen, den Mann neu zu formen im Geiste der Kameradschaft und der Volksgemeinschaft, wie wir ihn brauchen. Diese beiden Beispiele, so betonte Dr. Ley in seiner Rede, zeigen mir, daß unsere Arbeit richtig, daß sie erfolgreich gewesen ist."

Nach einem begeistert aufgenommenen Sieg-Heil auf den Führer marschierten die Führeranwärter nach Burg Vogelsang zurück. Dr. Ley begab sich dann nach Wiesgen bei Schleiden, wo er zusammen mit den Gauobmännern der DAF. die Exerzierhalle der Ordensburg Vogelsang und die neue Großgarage besichtigte. Die seit drei Tagen auf der Ordensburg Vogelsang weilenden Gauobmänner der DAF. aus allen Teilen des Reiches beendeten ihre Arbeitstagung mit einem Kameradschaftsabend.

Weltrundfunkverein bei Dr. Goebbels

Berlin, 9. März. Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda Dr. Goebbels gab am Dienstag nachmittag anläßlich der Tagung des Weltrundfunkvereins einen Empfang, an dem sich mehr als 120 Rundfunkdelegierten aus insgesamt 39 Nationen vollzählig beteiligten. Mit den Vertretern der deutschen Rundfunkführung und -Wirtschaft waren zugleich auch zahlreiche führende Persönlichkeiten aus Staat, Partei, Kunst und Wissenschaft sowie Angehörige des diplomatischen Korps anwesend.

Bei dem zwanglosen Beisammensein in den Festräumen des Propagandaministeriums kam in herzlicher und harmonischer Weise die Arbeitskameradschaft zum Ausdruck, die die Männer des Rundfunks aller Länder miteinander verbindet, und zugleich auch die persönliche Anteilnahme, die die führenden Männer des nationalsozialistischen Deutschlands dem Rundfunk entgegenbringen.

Hochwasserkatastrophe an der Brahemündung

Danzig, 9. März. Durch die riesigen Eismassen auf der Weichsel und Brahe steigt das Hochwasser mit rasender Geschwindigkeit und hat ein seit Jahrhunderten nicht mehr verzeichnetes Ausmaß erreicht. An der Brahe wurden heute um 6.30 Uhr früh 9.20 Meter gemessen. Damit ist der Wasserstand des großen Hochwassers von 1924 bereits überschritten. Die Landstraße zwischen Bromberg und Thorn ist bei Langenau überflutet. Das Vieh wurde in die höher gelegenen Ortschaften getrieben.

In Bromberg ist die Brahe über die Bollwerkufer getreten. Ein Teil des Hauptpostamtes steht im Wasser. Die Eismassen bilden einen haushohen Wall von 25 Kilometer Länge, der durch ständigen Wechsel zwischen Tauwetter und Frost zu einem gewaltigen Block zusammengeschmolzen ist, gegen den Eisbrecher und Dynamit machtlos bleiben.

Sitzung des Reichskabinetts

Entwurf eines neuen deutschen Strafgesetzbuches

Berlin, 9. März. Das Reichskabinett befaßte sich in seiner Sitzung am Dienstag mit dem von Reichsjustizminister Dr. Gürtner vorgelegten **Entwurf eines deutschen Strafgesetzbuches.** Die Beratungen über diesen Gegenstand werden in den nächsten Kabinettssitzungen fortgesetzt werden.

Verabschiedet wurde das Gesetz über die **Verlängerung der Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper** und ein Gesetz über die **Sicherung der Reichsgrenze** und über Verwaltungsmaßnahmen, nach welchem der Reichsminister des Innern ermächtigt wird, in von ihm zu bestimmenden Gebieten, insbesondere an der Reichsgrenze, alle Maßnahmen zu treffen, die für eine wirksame Sicherung der Reichsgrenze und des Reichsgebietes erforderlich sind.

Der Reichsminister wird ferner ermächtigt, gegen Angehörige eines fremden Staates und gegen deren Vermögen Vergeltungsmaßnahmen zu treffen, sofern dieser Staat gegen Reichsangehörige oder ihr Vermögen Maßnahmen trifft, die nach deutschem Recht gegen die Angehörigen dieses Staates oder ihr Vermögen nicht getroffen werden können.

•

Die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper

Das von der Reichsregierung verabschiedete Reichsgesetz betreffend die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper bestimmt folgendes:

Die Amtszeit der auf Grund des vorläufigen Gesetzes zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 gebildeten Selbstverwaltungskörper der Gemeindeverbände wird bis auf weiteres verlängert.

Diese Vorschrift gilt auch für die Amtszeit der Mitglieder der Kreis-Ausschüsse der preußischen Landkreise sowie der Kreisräte und Kreistage der württembergischen Kreisverbände. Das Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

In der Begründung zu dem Gesetz wird darauf verwiesen, daß durch das vorläufige Reichsgesetz für Gleichschaltung der Länder mit dem Reich vom 31. März 1933 die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper aufgelöst und neu gebildet wurden. Ihre Amtszeit wurde auf vier Jahre festgesetzt. Auf Grund dieses Gesetzes haben die einzelnen Länder (mit Ausnahme von Preußen) die entsprechenden Gleichschaltungsgesetze erlassen. Auf Preußen fanden die Vorschriften des Gesetzes keine Anwendung, da die gemeindlichen Selbstverwaltungskörper in Preußen durch die Verordnung vom 4. Februar 1933 aufgelöst und auf Grund der kommunalen Wahlen vom 12. März 1933 neu gebildet wurden. Die Amtszeit der gemeindlichen Selbstverwaltungskörper endet am 5. März 1937.

Für die Gemeinden ist diese Regelung nunmehr durch das Inkrafttreten der deutschen Gemeindeordnung überholt. Die für die Kreise gebildeten Verwaltungskörper im jetzigen Zeitpunkt nochmals in einem umständlichen Verfahren zu erneuern, erschien unzweckmäßig im Hinblick darauf, daß in naher Zeit mit dem Erlaß der deutschen Kreisordnung gerechnet werden kann. Der gleiche Zeitpunkt erschien durchschlagend hinsichtlich der Verwaltungskörper der übrigen Gemeindeverbände (Bayerische Kreistage, Sächsische Bezirkstage, Hessische Provinzialtage).

Die Kreistage selbst sind durch das Gesetz über die Uebertragung von Zuständigkeiten der Provinzial- und Kreistage auf Ausschüsse vom 17. Juli 1933 sowie durch das Gesetz über die Anpassung der Landesverwaltung an die Grundsätze des nationalsozialistischen Staates vom 15. Dezember 1933 jeglicher eigenen Zuständigkeit zu Gunsten der Kreisausschüsse entkleidet worden, sodaß ihre Neubildung nach Ablauf der Wahlzeit nicht notwendig ist. Es erschien daher zweckmäßig, die Amtszeit der Kreisausschüsse der preußischen Landkreise gleichfalls bis auf weiteres zu verlängern.

Aehnlich ist die Rechtslage bei den Mitgliedern der württembergischen Kreistage und Kreisräte. Ihre Amtszeit endet am 31. März 1937. Um ein besonderes Landesgesetz zu umgehen, empfahl sich die Einbeziehung der Mitglieder der Vertretungskörperschaften der württembergischen Kreisverbände in die vorgesehene reichsgesetzliche Regelung.

Vom Schicksal ereilt

Spanischer Bolschewistendampfer mit amerikanischer Waffensendung versenkt

London, 9. März. Wie sich jetzt herausgestellt hat, handelt es sich bei dem in der Biscaya brennend gesunkenen Schiff nicht um einen englischen Dampfer, sondern um den bolschewistischen spanischen Dampfer „Mar Cantabrico", der mit Kriegsmaterial für die spanischen Kommunisten von Amerika kam.

Die englische Admiralität hat dazu eine Erklärung veröffentlicht, in der sie mitteilt, daß sie von dem englischen Zerstörer „Echo" die Meldung erhalten hat, daß der in der Biscaya versenkte Dampfer der spanische Dampfer „Mar Cantabrico" gewesen ist. Die Besatzung des versenkten Dampfers ist von dem nationalspanischen Kreuzer „Canarias" an Bord genommen worden.

Die „Mar Cantabrico" hatte seinerzeit von sich reden gemacht, als sie mit einer Ladung von Flugzeugen und Kriegsmaterial für die spanischen Bolschewisten Neuyork beschleunigt und unter erschwerten Umständen verließ, um mit der wertvollen Ladung aus den amerikanischen Hoheitsgewässern hinauszukommen, ehe das amerikanische Parlament das Ausfuhrverbot für Kriegsmaterial verhängte. Das Schiff wurde damals von einem Flugzeug gestoppt, mußte aber wieder freigelassen werden, weil das neue Gesetz vom Kongreß noch nicht verabschiedet war. Dieser Verzug ermöglichte dem Dampfer damals, noch rechtzeitig die amerikanischen Hoheitsgewässer zu verlassen. Das Schiff ging zunächst nach Mexiko, und man hatte seitdem lange nichts von ihm gehört. Die nationalspanischen Seestreitkräfte hätten, als bekannt wurde, daß das Schiff den Versuch mache, bolschewistische Häfen zu erreichen, ihre Wachtätigkeit verschärft. Es ist ihnen jetzt gelungen, das Schiff zu versenken. Der Wert der Ladung wird auf 500 000 Pfund (etwa 6 Millionen RM.) geschätzt.

•

Nationaler Kreuzer ließ sich nicht täuschen

Paris, 9. März. Ein Ueberlebender des nächtlichen Schiffsdramas, das sich in der Biscaya abspielte, der Spanier Juan Goo, ist von einem französischen Fischerboot nach Arcachon gebracht worden. Sein Bericht klärt auch auf, warum zunächst von den englischen Schiffen „Aba" und „Ada" die Rede war. Die Besatzung des „Mar Cantabrico" hatte das Schiff auf der Ueberfahrt getarnt; am Bug und Heck wurde der Name des etwa gleich großen englischen Frachtdampfers „Ada" aufgemalt. Goo teilte mit, daß die Besatzung 150 Mann stark war und daß sich auch 17 Fahrgäste, darunter zwei Nordamerikaner und je fünf Italiener und Mexikaner an Bord befanden. Als der nationalspanische Kreuzer „Canarias" dem Schwindel auf die Spur kam, und die „Mar Cantabrico" in Brand schoß, sandte das Schiff zunächst absichtlich irreführende funkentelegraphische SOS.-Rufe mit dem falschen Schiffsnamen „Ada" und auch mit dem Namen „Aba" aus.

•

Vordringen der nationalen Truppen

Salamanca, 9. März. (Vom Sonderberichterstatter des DNB.) An der Asturien-Front unternahmen nach dem Heeresbericht vom Montag die Bolschewisten bei Escamplero, San Roque und Santollano verschiedentlich Angriffe, die von den nationalen Truppen leicht abgewiesen werden konnten. An der Siguenza-Front hat das Militär den Widerstand des Gegners überrannt und die Stellungen der bolschewistischen Söldner auf der Linie Almadrones—Alaminos besetzt. Auf dem Frontabschnitt Bailes nordwestlich von Guadalajara nahmen die vordringenden Truppen die Ortschaften Castejon de Henares, Mirabueno und Mandayona in Besitz.

Nach starker Artillerievorbereitung gelang es den nationalen Formationen an der Jarama-Front ihre Stellungen vorzuschieben. Auch die Südarmee an der Cordoba-Front konnte trotz heftiger Regengüsse, die die Kampfhandlungen erschwerten, im Frontabschnitt Espiel einen Geländegewinn von mehreren Kilometern verzeichnen. Wie ergänzend mitgeteilt wird, wird der am Montag begonnene Vormarsch an der Guadalajara-Front mit Unterstützung durch die nationalen Flieger erfolgreich vorwärts getragen.

•

Nationale Flieger über Madrid

Aufforderung zur Uebergabe

Salamanca, 10. März. (Vom Sonderberichterstatter des DNB.) Am Montag und Dienstag erschienen wiederholt über Madrid nationale Flieger, die von neuem Proklama-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

tionen abwerfen, in denen zur Uebergabe aufgefordert wird.

Rege Fliegertätigkeit herrschte auch in der Nacht zum Dienstag über Barcelona. In der Nähe des Hafens wurden mehrere bolschewistische Kasernen mit Bomben belegt.

In dem Frontabschnitt Andujahr östlich von Cordoba wurden von den bolschewistischen Söldnern sämtliche Brücken gesprengt, da ein Angriff der nationalen Truppen befürchtet wurde.

•

Torschluß-Panik bei den Bolschewisten

Reger Schiffsverkehr durch die Dardanellen — Getarnte Kriegsmaterialtransporte

Istanbul, 9. März. In den letzten 14 Tagen haben 17 sowjetrussische und 8 bolschewistische spanische Dampfer das Schwarze Meer verlassen, um Kriegsmaterial nach Spanien zu schaffen.

8 sowjetrussische Dampfer und 8 bolschewistische spanische Dampfer sind aus Barcelona und aus Valencia leer zurückgekommen. In den Tagen vor dem 6. März, als mit dem Inkrafttreten der Ueberwachung der spanischen Küsten gerechnet wurde, war der Schiffsverkehr besonders stark. Es wurde beobachtet, daß die für die spanischen Bolschewisten bestimmten schwer beladenen Dampfer mit der größten Geschwindigkeit die Meerengen ohne Aufenthalt durchfuhren, um noch rechtzeitig vor der Sperre anzukommen. Ebenfalls mit der Tatsache der Aufnahme der Kontrolle über die spanischen Küsten ist in Zusammenhang zu bringen, daß einige spanische Dampfer den Aufenthalt in Sowjetrußland dazu benutzt haben, um sich einen vollkommen schwarzen Anstrich zuzulegen. Der spanische Dampfer „Antonio Satrustegui" durchfuhr die Meerengen in Richtung Spanien, ohne die Flagge zu zeigen. Er war völlig schwarz gestrichen und hatte sogar seinen Namen übergepinselt.

•

Raubmörder als Bolschewistenhäuptling

Warschau, 9. März. In einem Warschauer Vorort überfielen vor einigen Tagen zwei Wegelagerer nachts eine Kolonialwarenhandlung. Den Besitzer, der ihnen in den Weg trat, schossen sie nieder. Die beiden Raubmörder konnten bald gefaßt werden. Bei dem einen fand die Polizei Papiere und Briefe, aus denen sich der bemerkenswerte Tatbestand ergab, daß er zum Kommandanten eines der für den Bolschewismus in Spanien kämpfenden „Internationalen Bataillone" ausersehen war. Der Raubmörder gab an, die Mordtat ausgeführt zu haben, um für die Reise nach Spanien die notwendigen Geldmittel zu erlangen.

Bundesrat Motta vor dem Ständerat

Befriedigung über die Neutralitätserklärung des Führers

Bern, 9. März. Im Schweizer Ständerat wurde eine Interpellation beraten, die sich mit der Neutralität der Schweiz und den jüngsten Erklärungen des deutschen Reichskanzlers befaßte. Die Interpellation wurde vom Ständerat Malche (Kanton Genf) eingereicht und von 40 Mitgliedern des 44 Mitglieder zählenden Rates unterzeichnet. Malche stellte zunächst fest, die spontane und eindeutige Erklärung Adolf Hitlers stelle unbedingt einen neuen Faktor der Sicherheit dar. **Man dürfe allgemein darüber befriedigt sein, daß die Schweiz als europäische Notwendigkeit anerkannt werde und daß ihre Neutralität außer jeder Frage gestellt worden sei.** Der Interpellant vertrat dann die Auffassung, daß in gewissen Kreisen Deutschlands die Meinung vorhanden sei, die Schweiz müsse für diese Neutralitätsversicherungen Gegenleistungen machen und zwar Gegenleistungen auf dem Gebiete der öffentlichen Meinung. Darum sei es an der Zeit, die öffentliche Meinung, die eine gewisse Nervosität zeige, zu beruhigen und den Bundesrat einzuladen, darüber Auskunft zu geben, ob nicht an die offiziellen Erklärungen in Berlin irgendwelche Vereinbarungen oder Pläne für Vereinbarungen geknüpft wurden, die den freien Gedankenaustausch in der Schweiz berühren.

In der Beantwortung der Interpellation Malche stellte der Vorsteher des eidgenössischen politischen Departements, Bundespräsident Motta fest, daß die Erklärung des Reichskanzlers Hitler an Altbundesrat Schultheß ein Teil einer einstündigen privaten Unterhaltung bildete, bei der auch Staatssekretär Lammers anwesend war. Das Gespräch habe in jeder Hinsicht erfreuliche Aussichten für den allgemeinen Frieden eröffnet. **Von einem Kulturabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland sei nie die Rede gewesen. Es sei unrichtig anzunehmen, daß die deutschen Behörden von Altbundesrat Schultheß als Entgelt im Auftrage von Reichskanzler Hitler Versprechungen oder andere Bedingungen verlangt hätten.** Bundesrat Schultheß hätte sich auch nicht für etwas derartiges hergegeben und es wäre auch eine Beleidigung gegenüber dem Reichskanzler, anzunehmen, daß er die Bedeutung seiner großen Erklärung über die Unverletzlichkeit und Neutralität der Schweiz durch Hinzufügung von Bedingungen oder Einschränkungen hätte schmälern wollen.

Franklin hatte recht

„Die Juden werden USA. fressen"

Berlin, 9. März. Aus Anlaß der üblen Hetzereien des jüdischen Oberbürgermeisters von Neuyork, Laguardia, hat ein Leser dem „Angriff" das Urteil Benjamin Franklins über das Judentum zugeschickt. Die prophetischen Worte des großen amerikanischen Staatsmannes haben sich leider als nur zu wahr erwiesen. Er forderte kurz vor seinem Tode im Jahre 1789, daß die neue amerikanische Bundesrepublik die Juden durch die Verfassung aus dem Lande ausschließen solle. Er erklärte vor dem amerikanischen Kongreß von damals u. a.:

„Es gibt eine größere Gefahr für die Vereinigten Staaten von Amerika, diese größere Gefahr, meine Herren, sind die Juden. In welchem Lande sich die Juden auch in größerer Anzahl niedergelassen haben, haben sie das moralische Niveau herabgedrückt, haben sie die Redlichkeit im Handel geschmälert. Sie haben sich abgesondert und nicht assimiliert. Sie haben einen Staat im Staate errichtet und wenn man sich ihnen entgegensetzte, versuchten sie das Land finanziell abzuwürgen, wie im Falle Portugal und Spanien. Mehr als 1700 Jahre haben die Juden ihr trauriges Schicksal bewehklagt, nämlich, daß sie von ihrem Mutterlande vertrieben worden seien, aber meine Herren, hätte die zivilisierte Welt von heute ihnen Palästina zurückgegeben als Eigentum, so würden sie sofort einen zwingenden Grund gefunden haben, nicht dorthin zurückzukehren. Warum? Weil sie Vampire sind, und Vampire leben nicht von Vampiren. Sie können nicht unter sich selbst leben. Sie müssen von Christen oder anderen Völkern, die nicht ihrer Rasse angehören, leben. Wenn man sie nicht durch diese Verfassung aus den Vereinigten Staaten ausschließt, werden sie in weniger als zweihundert Jahren in solcher Menge ins Land hereingeströmt sein, daß sie uns beherrschen und fressen werden, unsere Regierungsform ändern, für die wir Amerikaner unser Blut vergossen, unser Leben, unseren Besitz, unsere Freiheit hingegeben haben. Wenn Sie die Juden nicht ausschließen, werden in weniger als zweihundert Jahren unsere Nachkommen auf den Feldern arbeiten, um die Juden zu erhalten, während sich diese in den Kontoren befinden und fröhlich die Hände reiben werden.

Ich warne Sie, meine Herren, daß, wenn Sie die Juden nicht für alle Zeiten ausschließen, Ihre Kindeskinder Sie in Ihrem Grab verfluchen werden. Ihre Ideen stimmen nicht mit denen eines Amerikaners überein, wenn sie auch zehn Generationen unter uns leben. Ein Leopard kann seine Farbe nicht ändern. Die Juden sind eine Gefahr für dieses Land, wenn man ihnen Zutritt gewährt, und sie sollten durch die Verfassung ausgeschlossen werden."

Der Einfluß des Weltjudentums auf das Diktat von Versailles

Rothschild hinter den Kulissen

Warschau, 9. März. **Einen interessanten und aufschlußreichen Beitrag zu der Frage des Einflusses des Weltjudentums auf den Verlauf und den Abschluß der sogenannten „Friedensverhandlungen" in Versailles lieferte in der** Sitzung des polnischen Senats am Montag der Senator Lechnicki. Unter Berufung auf die Erinnerungen des Polen Korwin-Milewski wies er darauf hin, daß bei dem damaligen Vertreter der polnischen Regierung, dem Grafen Orlowski, während der vorbereitenden Besprechungen zur „Friedenskonferenz" der bekannte jüdische Börsenmakler Rothschild erschienen sei und davor gewarnt habe, „einen bestimmten judengegnerischen Delegierten Polens zur Friedenskonferenz zu entsenden."

Die Entsendung dieses Delegierten würde von der „jüdischen Nation" als Beleidigung empfunden werden, was zu entsprechenden Folgen hinsichtlich der Behandlung der polnischen Fragen auf dem Kongreß führen würde. Israel würde in diesem Falle Polen den Weg zur Verwirklichung aller seiner Pläne verstellen (!).

Aberwachungsplan des Nichteinmischungs-Ausschusses

Jährliche Kosten: Rund 10 Millionen RM. — Beginn der Flottenüberwachung am 13. März

London, 9. März. Die abschließende Entschließung des Nichteinmischungs-Ausschusses über die Annahme des Ueberwachungsplanes für die spanischen Land- und Seegrenzen wurde veröffentlicht. In der Entschließung heißt es u. a., der Nichteinmischungs-Ausschuß sei mit den im Ausschuß vertretenen Regierungen übereingekommen, daß das System der Beobachtung an der französisch-spanischen Grenze, der Grenze zwischen Spanien und Gibraltar und den Seegrenzen Spaniens und der spanischen Besitzungen in der Weise durchgeführt werden soll, falls dieser nicht abgeändert oder dessen Bestimmungen neu gefaßt werden.

Der Anhang enthält den Kontrollplan für Spanien und zwar in sieben Artikeln. Diese Kapitel bestimmen im einzelnen:

1. Der gesamte Beobachtungsplan soll für die beteiligten Regierungen durch eine Behörde verwaltet werden, die die Bezeichnung „Internationales Amt für die Nichteinmischung in Spanien" führen soll.

2. Die Bestimmungen über die Beobachtung der Landgrenzen sehen vor, daß angesichts des Sonderübereinkommens zwischen Großbritannien und Portugal auch auf der französischen Seite der französisch-spanischen Grenze und auf der britischen Seite der Grenze zwischen Gibraltar und Spanien ein internationaler Stab mit der Beobachtung der Durchführung des Nichteinmischungs-Abkommen beauftragt werden soll. Zu diesem Zweck wird die französisch-spanische Grenze in drei Zonen aufgeteilt, die von je einem Agenten verwaltet werden. Die Agenten unterstehen wieder einem Hauptagenten, der für die gesamte Grenze die Verantwortung trägt. Diese Beauftragten werden in enger Zusammenarbeit mit den französischen Behörden arbeiten. Die Ueberwachung der Grenze zwischen Gibraltar und Spanien wird ebenfalls von einem Agenten wahrgenommen.

3. Die Vorkehrungen für Schiffe, die sich nach Spanien begeben, sehen vor, daß jedes Schiff der am Abkommen beteiligten Mächte vor dem Anlaufen spanischer Häfen einen Kontrollhafen anzulaufen hat, um dort einen oder zwei Ueberwachungsbeamte (Beobachter) des Internationalen Ausschusses an Bord zu nehmen, deren Arbeit darin besteht die Ausladung des Schiffes im spanischen Hafen zu überwachen. Als Kontrollhäfen sind folgende festgelegt: Die „Downs" oder „Dover" Cherbourg, Lissabon, Gibraltar, Marseille, Palermo und Madeira.

4. Damit dieser Plan der Ueberwachung der Handelsschiffahrt mit Sicherheit durchgeführt werden kann wird bestimmt, daß eine Ueberwachung durch die Kriegsflotte rund um die spanische Küste eingerichtet wird. Diese Ueberwachung wird durch Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien durchgeführt. Die spanische Küste wird hierfür in Zonen eingeteilt, die unter die Mächte wie folgt aufgeteilt werden:

a) an der Nordküste Spaniens von der französischen Grenze bis Kap Busto: Großbritannien;

b) an der Nordwestküste Spaniens von Kap Busto bis zur portugiesischen Grenze: Frankreich;

c) an der Südküste Spaniens von der portugiesischen Grenze bis Kap de Gata: Großbritannien;

d) an der Südostküste Spaniens von Kap de Gata bis Kap Oropesa: Deutschland;

e) an der Ostküste Spaniens von Kap Oropesa bis zur französischen Grenze: Italien;

f) die spanische Marokkoküste: Frankreich;

g) die Inseln Ibiza und Mallorca: Frankreich;

h) die Insel Menorca: Italien.

In bezug auf die Kanarischen Inseln wurde beschlossen, daß hier eine genauere Regelung bis spätestens zum 31. März gefunden werden soll.

Die Ueberwachung innerhalb jeder Zone wird nur außerhalb der 10-Meilen-Zone längs der spanischen Küsten durchgeführt. Die Einzelheiten der Durchführung zur Ueberwachung werden dem Ermessen jeweils der Regierung überlassen, der die Zone zugeteilt ist. Die Kommandanten der die Kontrolle durchführenden Kriegsschiffe haben das Recht, die Schiffe der am Abkommen beteiligten Mächte anzuhalten und ihre Papiere zu prüfen. Ein Durchsuchungsrecht wird ihnen hingegen nicht gegeben.

5. Der internationale Stab, der zur Durchführung des Ueberwachungsplanes vorgesehen ist, soll so viel Beamte erhalten, die erforderlich sind, um den Plan angemessen durchzuführen. Hierbei sind folgende Beobachter vorgesehen: **Für die französisch-spanische Grenze 130, für Gibraltar 5 und für den Seeüberwachungsplan 550 Beobachter.** Diese Zahlen umfassen jedoch nicht den Stab der Hauptagenten.

6. **Die Kosten des Planes werden auf 834 000 Pfund (rund 10 Millionen RM.) für ein Jahr geschätzt.** Sie sollen aus einem internationalen Fonds gedeckt werden, zu dem die verschiedenen Regierungen gemäß einem besonderen Uebereinkommen ihre Beiträge leisten.

7. Das Hauptamt wird vom Tag der Annahme dieses Planes, d. h. vom 8. März ab, seine Tätigkeit aufnehmen und die Pläne für die Durchführung des Abkommens mit größter Beschleunigung auszuarbeiten. Es werden Vorkehrungen getroffen, um dadurch den Vorsitzenden des Hauptamtes und die Hauptagenten zu ernennen. Die Flottenmächte, die die Zonenüberwachung durchführen, teilten dem Ausschuß gleichzeitig mit, daß sie in der Lage sein würden, die übernommenen Verpflichtungen vom 13. März ab zu übernehmen.

In der Entschließung über die künftige Behandlung der Nichteinmischung heißt es u. a., daß nunmehr die Frage der Ausdehnung des Nichteinmischungs-Abkommens geprüft werden soll, um andere Formen indirekter Einmischung zu verbieten unter Einschluß der Gewährung finanzieller Hilfe und der Entreise von „Personen nichtspanischer Staatsangehörigkeit in dieses Land zu irgend einem Zweck, der den gegenwärtigen Streit möglicherweise verlängern oder erbittern könnte".

Der Ausschuß schlägt weiter vor, daß sobald wie möglich erwogen werden soll, ob und in welcher Weise es möglich ist, für die Zurückziehung aller nichtspanischen Staatsangehörigen aus Spanien Sorge zu tragen, die entweder direkt oder indirekt an dem gegenwärtigen Streit in diesem Lande beteiligt sind.

Die amtliche Mitteilung weist darauf hin, daß der Vorsitzende des Ausschusses besonders darauf verwiesen habe, daß der vorgeschlagene Kontrollplan einstimmig vom Unterausschuß des Vorsitzenden angenommen worden sei.

Eine weitere Sitzung des Ausschusses werde im Laufe der Woche stattfinden, um die Hauptbeamten des Ueberwachungsplanes zu ernennen.

•

London begrüßt den Ueberwachungsplan

London, 9. März. Die Londoner Morgenblätter behandeln in Leitartikeln das Inkrafttreten der Kontrolle an Spaniens Grenzen. „Daily Telegraph" schreibt, das Zustandekommen der Vereinbarung sei nur dadurch möglich gewesen, daß einzelne der Mächte freiwillig Zugeständnisse gemacht hätten. Erstmals in der Geschichte sei etwas ähnliches wie eine Polizeimacht geschaffen worden mit dem Zweck, einen Krieg auf ein Land zu beschränken. Das Abkommen sei auf der Grundlage unmittelbarer Verhandlungen außerhalb des Völkerbundes entstanden und habe keine Parallele in der Geschichte, mit Ausnahme der Botschafter-Konferenz nach dem Balkankriege. Unter diesem Gesichtspunkt gesehen, könne das Abkommen einen historischen Wendepunkt bedeuten. Der diesmalige Erfolg berechtige zu der Hoffnung, daß bei anderen Anlässen eine Zusammenarbeit der Mächte einen ähnlichen beruhigenden Einfluß haben könne. Auch „Daily Herald", das Blatt der Labour-Party, begrüßt den Abschluß der Arbeiten des Nichteinmischungs-Ausschusses und die Einführung der Kontrolle, wenngleich sie reichlich spät komme.

Schifferstreik in Le Havre

Paris, 9. März. In Le Havre sind die Matrosen der Handelsschiffe und Schlepper am Dienstag morgen in den Streik getreten. Wie es heißt, handelt es sich um einen 72stündigen Streik, durch den die Matrosen eine Erhöhung ihrer Pensionen und die Einführung der 40stündigen Arbeitswoche erreichen wollen. **Einzelne Mittagsblätter melden, daß auch die Besatzung des großen Ozeandampfers „Normandie", der am Mittwoch mit über 500 Fahrgästen seine erste diesjährige Ausreise nach Amerika antreten wollte, in den Streik getreten ist und das Schiff besetzt habe.** Außerdem sind durch den Streik mindestens zwanzig Schiffe, die sich zur Zeit im Hafen von Le Havre befinden, festgelegt.

Wie die Gesellschaft Compagnie General Transatlantique mitteilt, trifft die Nachricht vom Streik auf der „Normandie" nicht zu.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Streikwelle in der amerikanischen Autoindustrie

100 000 Streikende

Detroit, 9. März. Die amerikanische Automobilindustrie ist von neuen riesigen Ausständen betroffen worden. Nachdem die Leitung der Chrysler-Werke sich geweigert hatte, die Lewis-Gewerkschaft als alleinigen Fürsprecher beim Abschluß kollektiver Lohnverträge anzuerkennen, hat die Vereinigte Autoarbeitergewerkschaft in sämtlichen Chryslerfabriken mit etwa 67 000 Arbeitern den Streik ausgerufen. Zur Chrysler-Gesellschaft gehören auch die Plymouth-Desoto und Dodge-Automarken, deren Herstellung ebenfalls stillgelegt wird. Gleichzeitig sind 5500 Arbeiter der Hudson Motor Gesellschaft sowie 7000 Arbeiter verschiedener Chevroletfabriken in den Ausstand getreten.

Nachdem in Detroit 75 000 Autoarbeiter der Chrysler-Werke in den Streik getreten sind, hat die Briggs-Gesellschaft 4500 Arbeiter durch Stillegung ihres Werkes ausgesperrt. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf rund 100 000 Mann.

Debatten im Genfer Rohstoff-Ausschuß

Der englische und japanische Standpunkt

Genf, 9. März. Die Aussprache im Rohstoff-Ausschuß wurde am Montag mit Ausführungen des englischen Mitgliedes Sir Frederic Leith-Roß eröffnet. Er beschäftigte sich zunächst mit dem Begriff der Rohstoffe, wobei er auf die in Vorbereitung befindliche Denkschrift des Sekretariats einging. Die Denkschrift lenke die Aufmerksamkeit zu sehr hin auf die kolonialen Rohstoffe und habe z. B. die Nahrungsmittel vernachlässigt. Man sollte daher eine erweiterte Liste aufstellen, in der neben den industriellen Rohstoffen auch die Rohstoffe zur menschlichen und tierischen Ernährung enthalten sind. Für alle Rohstoffe sollen statistische Erhebungen vorgenommen werden, die sich zu beziehen hätten auf die Weltproduktion, den Weltverbrauch und die Preisbewegung im Laufe der letzten Jahre sowie auf Produktion, Verbrauch, Einfuhr und Ausfuhr jedes interessierten Landes. Leith Roß vertrat dann den Standpunkt, daß kein Land in der Lage sei, sich selbst völlig zu genügen. Er glaube, „daß die Rohstoff-Frage durch keinerlei Gebietsübertragung gelöst werden könne". Der Fall jedes Landes müsse einzeln geprüft werden. Allgemein lasse sich aber feststellen, daß die Rohstofferzeugung gegenwärtig ausreiche, um ungefähr allen wirklichen Bedürfnissen zu entsprechen. Was die britische Regierung betreffe, so sei sie nach wie vor bereit, in ihren kolonialen Gebieten die Produktion eines Rohstoffes zu fördern, der von den Verbrauchern auch außerhalb gewünscht werde. Die Meinung, daß der Besitz einiger kolonialer Rohstoffe für ein Land große Vorteile habe, gelte nur mit Einschränkung. Zu dem Vorschlag, die Politik der offenen Tür allgemein einzuführen, meinte der Redner, „dies könne in gewissen Fällen der Entwicklung der Kolonien und sogar dem Wohle der Eingeborenen schaden". Ueberdies könnte eine solche Politik nicht ohne Gegenseitigkeit eingeräumt werden.

Der japanische Sachverständige Shudo erklärte, daß sein Land die Frage der industriellen Rohstoffe in den Vordergrund stelle. Japan könne seine 100 Millionen Bevölkerung nur ernähren, wenn es sich industrialisiere, denn sein Gebiet sei zu klein und das Ausland lehne seine Einwanderer ab. Nach der Auffassung des japanischen Redners ist es angezeigt, alle Ausfuhrbeschränkungen für Rohstoffe und alle Versuche zur Bildung von Rohstoffmonopolen zu beseitigen. Andererseits müsse die Einwanderung von Angehörigen aller Länder in die noch nicht erschlossenen Gebiete zugelassen werden. Auch die Frage der Beseitigung übermäßiger Handelshemmnisse verdiene ernste Prüfung, da die Freiheit des Handelsverkehr von der Frage der Rohstoffverteilung nicht getrennt werden könne.

Im Rohstoff-Ausschuß stellte am Dienstag der polnische Staatssekretär Adam Rose klar, daß das Rohstoff-Problem nicht von der Gesamtheit der Weltwirtschaftsfragen getrennt werden könne. Wie die polnische Regierung schon auf der letzten Völkerbundversammlung hervorgehoben habe, gehöre die Rohstoff-Frage mit den Fragen des Kapitals und des Warenverkehrs zu den grundlegenden Faktoren der Weltwirtschaft. Es gebe Länder, die sich im Laufe der Jahrhunderte erhebliche Kapitalreserven schaffen konnten, weil sie wichtige Rohstoffquellen im Besitz hatten. Die Beschaffung der für die Entwicklung seiner Industrie notwendigen Rohstoffe sei für Polen eine Lebensfrage. Wegen des in Polen herrschenden Mangels an Kapitalreserven handle es sich zugleich um ein Finanzproblem. Die Rohstoff-Schwierigkeiten, unter denen Polen besonders zu leiden habe, könnten auf dreierlei Weise bekämpft werden: 1. Durch innerstaatliche Maßnahmen (Autarkie-Tendenz). 2. durch zweiseitige Vereinbarungen (zum Zwecke der Exportausweitung). 3. durch internationale Maßnahmen, deren Prüfung die einzige Aufgabe des Ausschusses bilde. Zweckmäßigerweise werde man das Problem hauptsächlich als Finanzproblem ansehen. Hierfür seien schon verschiedene Vorschläge gemacht worden, zum Beispiel Finanzierung des Rohstoffkaufes, internationale Kreditorganisation, mehrseitige Verrechnungsabkommen. Je ein Unterausschuß solle für Finanzfragen und für koloniale Fragen eingesetzt werden; die (von dem englischen Sachverständigen vorgeschlagene) Einsetzung von Ausschüssen für jeden einzelnen Rohstoff wäre eine unnötige Erschwerung der Arbeit.

„Keine Dollars für europäische Rüstungen"

Senator Borah gegen Beteiligung an der französischen „Kriegsanleihe"

Washington, 9. März. Senator Borah beschäftigte sich in einer Rede im Senat mit der sogenannten französischen Verteidigungsanleihe und erklärte, daß jeder Versuch, das französische Milliardenprojekt in den Vereinigten Staaten zu finanzieren, eine Verletzung des Johnson-Gesetzes sei und daß daran beteiligte Bankiers sich großer Gefahr aussetzten. Die französische Anleihe sei eine Kriegsanleihe und nichts anderes. Wenn sie zustande käme, würde dies nichts anderes bedeuten, als daß Amerika Geld für europäische Rüstungen lieferte. Senator Borah teilte in diesem Zusammenhang mit, daß die amerikanischen Anteile der Anleihe, angeblich um das Johnson-Gesetz zu umgehen, in Paris aufgelegt, an amerikanische Käufer verkauft und später in amerikanischen Dollars wieder eingelöst werden sollen.

Aus Stadt und Land

Altensteig, den 10. März 1937.

Schaufenster-Wettbewerb im Reichsberufswettkampf. Beim diesjährigen Schaufenster-Wettbewerb waren in Altensteig 8 Teilnehmer zu verzeichnen, für welche von sieben Geschäftshäusern Schaufenster zur Dekoration zur Verfügung gestellt wurden. Die Bewertung der einzelnen Fenster wurde diesmal von einer Kommission von Nagold am Freitagabend vorgenommen und erbrachte für drei Teilnehmer: Richard Hindennach bei O. Hiller; Karl Stümpert bei Fr. Schlumberger und Oswald Höftmann bei O. Hiller die Endbewertungsnote 1 = sehr gut; für vier Teilnehmer Karl Waidelich bei K. Bühler P. Beck Nachf.; Rosa Straub bei Chr. Burghard jr.; Helene Heller bei W. Spahr vorm. Chr. Kraus; Wilhelm Walz bei Lorenz Luz jr. Inh. Eug. Beck die Endbewertungsnote 2 = gut; für einen Teilnehmer Gerhard Kühnle bei Fr. Bühler jr. die Endbewertungsnote 3 = genügend.

Abschiedsfeier. Wie wir hören, findet am kommenden Mittwoch die übliche Abschiedsfeier des Reichsarbeitsdienstes statt. Bei der Abschiedsfeier wird die Gruppenkapelle in Freudenstadt mitwirken, was hier besonders freudig aufgenommen wird.

Technischer Dienst des DDAC. Der Technische Dienst des Automobil-Clubs trifft am 12. März in Altensteig ein, um hier wieder die Fahrzeuge der Mitglieder auf Betriebs- und Verkehrssicherheit zu untersuchen. Der Technische Dienst wird diese Untersuchungen in der Garage des Gasthofes zur „Traube" von 9—16 Uhr durchführen.

Die Aufteilung des Schafbestandes im ehemaligen Schwarzwaldkreis steht ganz im Zeichen des Oberamts Balingen mit seinen 13 300 Schafen. Weit zurück folgen die Oberämter Urach mit 4800 und Rottweil mit 4350 Tieren. Gering ist trotzdem nicht der Schafbestand in den Oberämtern Spaichingen mit 3850, Nagold mit 3650 und Sulz mit 3600 Schafen. Im Oberamt Herrenberg wurden im Sommer 1936 insgesamt 2900 Schafe gezählt, im Kreis Rottenburg 2800 und fast die gleiche Zahl im Oberamt Tübingen. Rund 2600 Wollträger weiden im Oberamt Tuttlingen, gegenüber nur je 1750 im Oberamt Oberndorf a. N. und Calw. Knapp 750 Schafe hat das Oberamt Freudenstadt aufzuweisen, wogegen der Schafbestand im Oberamt Neuenbürg mit noch nicht einmal 50 Schafen weit zurückbleibt.

Aufbrauchsfrist für Frachtbriefe alten Vordrucks. Das neue internationale Uebereinkommen über den Eisenbahnfrachtverkehr und die neue Eisenbahn-Verkehrsordnung werden nicht vor dem 1. Januar 1938 in Kraft treten. Die neuen Frachtbriefmuster sowohl für den deutschen wie für den internationalen Verkehr werden somit erst zum 1. Januar 1938 eingeführt werden. Alsdann wird für die noch vorhandenen zur Zeit gültigen — deutschen (nicht aber für die internationalen) Frachtbriefe eine Aufbrauchsfrist von sechs Monaten gewährt werden, so daß die jetzt gültigen deutschen Frachtbriefmuster bis zum 30. Juni 1938 verwendet werden dürfen.

gut + ausgiebig = billig! Erdal Schuhcreme

Von der Warter Höhe, 9. März. (Generalversammlung des Darlehenskassenvereins.) Der Darlehenskassenverein hielt im Gasthof zum „Hirsch" seine Hauptversammlung ab. Hiebei erstattete der Vorstand Hirschwirt Dürr den Bericht über das vergangene Geschäftsjahr. Daraus sei erwähnt, daß größere Schuldrückstände keine vorhanden sind und daß die Anforderungen, die an die Kasse gestellt wurden, restlos befriedigt worden sind. Rechner J. Bürkle verlas den Kassenbericht, der einen Buchumsatz von 314 853 RM. und einen Barumsatz von 140 000 RM. aufwies. Der Reingewinn von 240 RM. ermöglichte eine 3prozentige Verzinsung der Geschäftsanteile. Der Vorstand W. Dürr, sowie die Aufsichtsratsmitglieder Kirn und Kohler wurden einstimmig wieder gewählt.

Ebershardt, 9. März. (Generalversammlungen.) Die Kriegerkameradschaft hielt am vergangenen Sonntag ihre Hauptversammlung unter Anwesenheit des Kreiskameradschaftsführers Werner-Nagold ab. Die Nachbarkameradschaften Wenden und Wart beteiligten sich durch Vertretungen. Kamerad Werner zeigte in einem Filmvortrag unsere neue Armee, sowie das Kampfgeschwader „Hindenburg". — Am Samstag fand die Generalversammlung der Darlehenskasse statt. Der Rechner konnte von dem höchsten Umsatz berichten, den die Kasse seit seines Rechneramtes hatte, nämlich 630 000 RM. Durch Vorschlag wurden in den Aufsichtsrat und die Vorstandschaft neu gewählt Jakob Keck und Friedrich Großmann. Eine größere Anzahl der Mitglieder machte sofort von der Gelegenheit Gebrauch, noch vorhandene Mahlroggenvorräte gegen Futtermais einzutauschen. Um die Ernährung unseres Volkes sicherzustellen, wurde vom Ortsbauernführer aufgefordert, daß jeder Landwirt seinen Eigenbedarf an Oel zumindest anbauen müsse.

Nagold, 9. März. (Rundgang über das Obstbaumfeld.) Der auf Sonntagmittag ergangenen Einladung zu einem Rundgang durch die Obstgärten links und rechts der Oberkircher Steige ist trotz des schlechten Wetters erfreulicherweise in stattlicher Anzahl Folge geleistet worden. Am Schluß des zweistündigen Lehrgangs wies der Kreisbaumwart Walz-Altensteig auf die Notwendigkeit der Gründung einer Ortsgruppe des Obstbauvereins in Nagold hin, wozu eine größere Anzahl Beteiligter den Beitritt erklärte.

Iselshausen, 9. März. (Hühnerdieb.) In der Nacht von Freitag auf Samstag wurde in einem Hühnerhaus eingebrochen und ein Truthahn mit Henne und noch ein anderer Hahn entwendet. Am Morgen als die Frau die Hühner füttern wollte, marschierten sie schon im Garten umher. Das Landjägerstationskommando hat die Sache bereits in Händen.

Freudenstadt, 9. März. (Kesselgase explodierten. — 2 Arbeiter durch die Stichflammen verletzt.) Montagnachmittag ereignete sich auf der Tankanlage der Fa. Georg Oest & Co. ein Explosionsunglück. Auf behördliche Anordnung mußte ein Tankkessel verlegt und nachher auch auf seine Dichtheit durch eine Wasserprobe geprüft werden. Beim Austrocknen des Tankkessels nach der Wasserprobe hatte ein Arbeiter den Kessel mit Sägmehl usw. zu trocknen und zu diesem Zweck in das Innere des Kessels zu steigen. Der Arbeiter war durch eine Gasmaske und durch eine Sicherheitslampe geschützt. Aus irgendeinem Anlaß gab es einen Funken, an dem sich die im Kessel noch befindlichen Gase entzündeten, so daß sie explodierten. Der im Innern des Kessels befindliche Arbeiter erlitt schwere Brandwunden am Hinterkopf, Hals und Rücken, weniger am Gesicht, weil dieses durch die Gasmaske geschützt war; er konnte auch noch selbst aus dem Kessel heraussteigen. Aber auch noch ein zweiter Arbeiter, der sich außerhalb des Kessels, an dessen Oeffnung befand, erlitt durch die herausschlagende Stichflamme leichtere Verletzungen im Gesicht. Beide wurden ins Kreiskrankenhaus verbracht.

Calw, 9. März. (Baubeginn in der Steinrinne.) Gestern ist hier mit dem Bau des geplanten Wohnstraßenstücks begonnen worden, welches im Gewann Steinrinne oberhalb der Uhlandstraße neues Bauland für sechs Wohnhäuser erschließen wird.

Calmbach, 9. März. Beim Bau des „Rotwasenwegs" Oberförsterrevier Calmbach im Staatswald „Kälbling" werden mittags 12 Uhr und abends 5 Uhr Sprengungen vorgenommen.

Neusten, 7. März. (Rettung aus Lebensgefahr.) Das Söhnchen des Landwirts Christian Rotter fiel in die noch ziemlich hochgehende Ammer. Die 20jährige Frida Löffler bemerkte von der Wohnstube aus den Vorfall, eilte so rasch als möglich herbei und sprang alsbald in das eiskalte Wasser. Unter Aufbietung aller Kräfte und mit viel Glück gelang es ihr noch, das in den trüben Wellen schon verschwundene Kind zu ergreifen und zu retten.

Stuttgart, 9. März. (Ehrung für General von Soden.) Am 9. März vollendete General der Infanterie Freiherr von Soden sein 81. Lebensjahr. Im Hinblick auf seine hohen Verdienste in Frieden und Krieg und besonders in der Nachkriegszeit für die Erhaltung der Ueberlieferung der alten Armee hat ihn der Landesverband Württemberg des Reichsverbands Deutscher Offiziere zu seinem Ehrenführer ernannt.

Ausländischer Besuch bei Daimler-Benz. Von der Berliner Automobilausstellung kommend, besuchten 105 Mitglieder der Societe des Ingenieurs de L'Automobile die Daimler-Benz-Werke Untertürkheim. Nach einer Begrüßung durch Direktor Schippert von der Daimler-Benz AG. fand eine eingehende Werksbesichtigung statt, die den französischen Besuchern Einblick in die Qualitätsarbeit gab, auf die sich der Weltruf der Mercedes-Benz-Wagen gründet. Tags zuvor hatten schon schwedische, finnische und dänische Fachleute das Untertürkheimer Werk der Daimler-Benz AG. ebenfalls eingehend besichtigt.

Tödlich verunglückt. Am Ausgang des Bahnhofs Zussenhausen war eine Störung in der Signalanlage eingetreten. Der Stationsvorsteher veranlaßte den Oberweichenwärter, nach der Störung zu sehen. Dabei mußte der Mann dem nach Stuttgart fahrenden Triebwagen zu nahe gekommen sein, er wurde von der Maschine erfaßt und tödlich überfahren.

Mühlacker, 9. März. (Tödlich verletzt.) Der aus Stein gebürtige und auf dem Heimbrennerhof beschäftigte Knecht Heinrich Schuster stürzte auf der Heimfahrt von Bretten vom Fuhrwerk und wurde überfahren. Der Schwerverletzte ist nach wenigen Stunden gestorben.

Bad Mergentheim, 9. März. (Festgenommen.) Im Sommer vorigen Jahres wurde von weiblichen Kurgästen einigemale geklagt, daß sie in unsittlicher Weise belästigt wurden. Am 3. März ist nun wieder eine Anzeige eingetroffen. Trotz mangelhafter Beschreibung konnte der Wüstling von einem Landjäger festgenommen werden. Der 40 Jahre alte arbeitsscheue Mann ist von Ansbach. Er ist aus dem Arbeitshaus ausgebrochen und hat sofort wieder, wie im Vorjahr, sein Unwesen hier aufgenommen. Bei der Vernehmung auf dem Amtsgericht hat er u. a. auch zugegeben, in der Nacht vom 30. auf 31. Dezember 1936 in Oberstetten eine Scheuer in Brand gesteckt zu haben, wodurch dann drei große Scheuern abgebrannt sind. Hierbei entstand ein Schaden von 15 000 RM.

Isny i. A., 9. März. (Truppführerschule.) Nachdem die Baulichkeiten der Truppführerschule 10 des Reichsarbeitsdienstes in Isny so weit hergerichtet sind, ist am Montag die Schule von den ersten Lehrgangsteilnehmern bezogen worden. Im Hauptgebäude werden die Lehrgangsteilnehmer ihre Unterkunft finden. Die im offenen Rechteck hinter dem Hauptgebäude aufgestellten Einheitsbaracken werden der Verwaltung sowie der Unterbringung von Hörsälen und Gerätekammern dienen.

Rötenbach, 9. März. (Eine Ziege nährt ein Schweinchen.) Daß eine Ziege die Mutterpflichten für ein junges Borstenvieh übernimmt, ist wohl selten der Fall. Dies bemerkte aber hier die Besitzerin einer Ziege, als sie in den Stall trat. Ganz possierlich saß ein erst einige Wochen altes Schweinchen auf den Hinterfüßen, um durch Saugen aus dem Ziegeneuter seinen Hunger zu stillen.

Aus Baden

Pforzheim, 9. März. (Verkehrsunfälle.) Am Montag wurde der Lenker eines Fuhrwerks, der mit dem Fuhrwerk sein Anwesen verließ und auf die Dietlingerstraße fahren wollte, von einem Kraftradfahrer erfaßt und zu Boden geworfen. Durch den Sturz brach er das linke Bein. — Am gleichen Tage fuhr ein Radfahrer auf der Dietlingerstraße und hängte sich an einen Lastzug an. Bei der Hahnenstraße ließ er los und wollte links einbiegen. Dabei stieß er gegen einen Lastkraftwagen, der aus entgegengesetzter Richtung kam, und wurde zu Boden geschleudert.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Vom Bau des LZ. 130

Erste Probefahrt im Herbst

Friedrichshafen, 9. März. Die Arbeiten an dem Luftschiff LZ. 130 gehen rasch vorwärts. Es sind bereits sämtliche Haupt- und Hilfsringe des Schiffskörpers montiert und auch die Drahtverspannungen sind gezogen. Die Bugspitze und ein Teil des Gerippes sind mit Baumwollstoff und an besonders beanspruchten Stellen mit reißfestem Linnen verkleidet. Die Innenseite der Hülle erhält einen roten Anstrich, damit die auffallenden Sonnenstrahlen zurückgeworfen werden. Auf hohen fahrbaren Leitern und auf schwebenden Plattformen, die sich an ebenfalls fahrbaren Kranen unter dem Dach der Halle entlang bewegen, arbeiten die Maler und geben dem stolzen Schiff seinen ersten silberglänzenden Anstrich. Im Innern des Gerippes sind viele Hände schon mit dem Aufbau der Fahrgasträume beschäftigt. LZ. 130 wird 70 Uebersee-Fahrgästen Raum bieten.

In der Führergondel ist der Einbau der Steuer- und Navigationsräume im Gange. Die vier Motorengondeln sind montiert, die Brennstofftanks eingebaut. Demnächst wird auch die Heckspitze, die jetzt noch aus Zweckmäßigkeitsgründen auf dem Hallenboden aufgebaut ist, dem Schiffskörper angegliedert, und dann ist LZ. 130 im Rohbau fertiggestellt. Es ist damit zu rechnen, daß das Schiff im Herbst seine erste Werkstättenprobefahrt unternehmen kann.

Jungbannführer-Tagung des DJ.

Vorbereitung der Jungbannfehden

Stuttgart, 9. März. Am Montag und Dienstag waren sämtliche Jungbannführer des DJ. im Gebiet Württemberg-Hohenzollern zu einer Tagung nach Stuttgart unter der Führung von Gebietsjungvolkführer Schiz zusammengekommen. Gebietsjungvolkführer Schiz gab die Richtlinien für die kommende Arbeit bekannt und legte besonderen Wert auf die Charakterschulung und eine kompromißlose Haltung der Jugend in weltanschaulichen Fragen. Die Erfassung des Jahrgangs 1927, Geländespiel und vor allem die Fahrt während der Sommermonate, das Lagerleben und die verschiedenen Sporttreffen des Jahres wurden eingehend erörtert.

Als wichtigster Punkt der Tagung kann die Behandlung der in den nächsten Wochen durchzuführenden Jungbannfehden gelten. Gewisse Kreise wollen versuchen, gegen dieses große und schöne Erlebnis der Pimpfe Stimmung zu machen vor allem unter der Elternschaft und versuchen sogar, in provozierender Art dagegen aufzutreten. Man versucht, mit allen Mitteln das Erlebnis der Jugend, die Einheit der Jugend zu stören. Dabei muß festgestellt werden, daß diese Fehden absolut freiwillig sind. Sie sind für die Pimpfe, eine Hauptprobe für ihre Tapferkeit, Ritterlichkeit und Ehrlichkeit. Die Termine liegen mit wenigen Ausnahmen in der Zeit vom 22. bis 25. März. Für diese große Aktion mußten gründliche Vorarbeiten geleistet werden.

So werden die Jungbanne einen großen Krieg gegeneinander führen und in ihrem „Manöver-Gelände" wird in den Dörfern morgens zum Wecken und abends der Zapfenstreich geblasen. Der Spielgedanke ist klar. Die Fehden haben irgendeinen historischen Hintergrund, die Kampffahne wird eingesetzt und die Entscheidung muß durch den sogenannten Bändelkampf herbeigeführt werden. Es ist klar, daß für die Pimpfe ein tatsächlicher Anlaß Grund genug gegeben hat, nun zum Kampf überzugehen. Im Rahmen eines gemeinsamen Angriffs der einen Partei gegen die andere sind eine Reihe von Teilaufgaben gestellt, die von den Jungen mit Begeisterung gelöst werden.

Viele Persönlichkeiten der Partei und des öffentlichen Lebens haben die Schirmherrschaft über die einzelnen Fehden übernommen und werden sich als Schlachtenbummler für das frohe und kämpferische Spiel der Pimpfe interessieren. Eine Eröffnungsparade wird der Auftakt sein und in einer Schlußkundgebung werden die Jungbanne in Singwettkämpfen und Fanfarenwettblasen einander gegenüberstehen.

Gaststätten-Eintopfgerichte für den kommenden Sonntag

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe teilt seinen Mitgliedern mit, daß für den sechsten Eintopf-Sonntag am 14. März folgende Eintopfgerichte für die Gaststätten vorgeschrieben sind: 1. Erbsensuppe mit Wurst- oder Fleischeinlage; 2. Weißkohl mit Rindfleisch; 3. Fischgericht nach eigener Wahl, und 4. Gemüsetopf mit Kalbfleisch oder vegetarisch.

Die Festlegung dieser Eintopfgerichte gilt nur für die Gaststätten.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Französische Torpedo-Fabrik verstaatlicht. Im Zuge der Nationalisierung der französischen Rüstungswerke ist durch Verordnung der zuständigen französischen Stellen die Torpedo-Fabrik Schneider u. Co. im Departement Var, die fast ausschließlich für die französische Kriegsmarine arbeitet, enteignet worden.

Streik in Schottland. Im schottischen Industriegebiet sind 4000 bis 5000 Autobusschaffner und -Fahrer in den Streik getreten, weil ihnen eine Lohnerhöhung verweigert wurde. Der Autobusverkehr in Lancashire sowie im Osten und Westen Schottlands ist so gut wie völlig lahmgelegt. Auch Glasgow und Edinburgh sind betroffen.

Der italienische Ozeandampfer „Rex" ist, wie amtlich mitgeteilt wird, auf der Heimfahrt von Neuyork nach Neapel zwischen den Azoren und dem Kap Sao Vicente (Süd-Portugal) in einen schweren Sturm geraten. Wie der Kommandant des „Rex" mitteilte, haben einige Wellenberge von außergewöhnlicher Größe und Stärke das Schiff getroffen, wobei 20 Personen zumeist leichtere Verletzungen davongetragen haben. Ein Mann der Besatzung ist während der Heimfahrt seinen schweren Verletzungen erlegen. In Neapel mußten zwei verletzte Fahrgäste in eine Klinik gebracht werden.

Dem jüdischen Schauspieler Otto Walburg, der bisher mit recht zweifelhaftem Erfolg, gestützt auf seine jüdischen Hintermänner, an verschiedenen Wiener Bühnen aufgetreten war, ist die weitere Arbeitsbewilligung entzogen worden.

Vom Elefanten getötet. Der 30jährige Inder Suklal, der seit einigen Jahren bei der Betreuung der Elefanten im Zoologischen Garten in Hannover half, wurde beim Reinigen des Geheges von einem Elefantenbullen angefallen, mit dem Rüssel umklammert und gegen einen eisernen Träger gedrückt. Als kurze Zeit später Hilfe eintraf, war der Wärter von dem Tier bereits so zugerichtet worden, daß er bald darauf starb. Suklal, der seine Betreuungsarbeit zuverlässig und geschickt ausgeübt hatte, war schon mehrfach darauf aufmerksam gemacht worden, den in der Brunstzeit befindlichen Bullen sorgfältig zu beobachten. Anscheinend hat er die Warnungen nicht genügend ernst genommen.

Bekanntmachungen der NSDAP.

Partei-Ämter mit betrauten Organisationen

NS.-Frauenschaft — Deutsches Frauenwerk, Kr. Freudenstadt

Kreisamtsleitung. Donnerstag, den 11. März, vormittags ab 11 Uhr Arbeitstagung der Amtswalterinnen des Kreises Freudenstadt; abends 8 Uhr in Schönmünzach, Gaurednerin Pgn. Rothweiler.

SA., SAR., SAL., SS., NSKK., RAD.

Sturm 17/111, Standort Altensteig

Heute abend 20.15 Uhr Turnhalle, Sport mitbringen.

*

Heute 20.30 Uhr unteres Schulhaus.

HJ., BdM., JV., JM.

HJ.-Sanitätskurs

Mittwochabend 8 Uhr Sanitätskurs in Ebhausen und Simmersfeld. **Unterbannarzt.**

Letzte Nachrichten

Längere Aussprache zwischen Freiherr von Neurath und dem litauischen Außenminister

Berlin, 9. März. Der litauische Außenminister Lozoraitis suchte am Dienstag auf der Durchreise nach der Riviera den Reichsminister des Aeußern, Freiherrn v. Neurath, auf und hatte mit ihm eine längere Aussprache über beide Länder interessierende Fragen.

Höchste italienische Militärauszeichnung für Graziani

Rom, 9. März. Dem Vizekönig Marschall Graziani ist auf Vorschlag des Duce das Großkreuz des Militärordens von Savoyen verliehen worden.

Ausbrechende Viehherde unter den Jahrmarktbesuchern 30 Verletzte in einer westfranzösischen Stadt

Paris, 9. März. Auf dem Viehmarkt St. Niort wurden 200 Rinder, die zu je zwei zu zwei aneinandergebunden waren, aber frei umherstanden, durch ein hereinbrechendes Gewitter unruhig und rannten vor Schreck auf das Jahrmarktsgelände. Etwa 50 Personen, meist Frauen und Kinder, wurden niedergetrampelt. Nur mit vieler Mühe gelang es, die Tiere wieder zu beruhigen. 30 Personen sind verletzt worden, davon 8 schwer.

Die Gesetzesvorlage über die Landesverteidigungsanleihe von der französischen Kammer angenommen

Paris, 9. März. Die französische Kammer nahm am Dienstagabend die Gesetzesvorlage über die Landesverteidigungsanleihe und die damit verbundenen Garantien mit 470 gegen 46 Stimmen der auf den äußersten rechten Flügel sitzenden Marin-Gruppe an. Etwa 90 Abgeordnete der Opposition haben sich der Stimme enthalten. Die Kommunisten stimmten für die Vorlage.

Gestorben

Wildbad: Dr. P. Brenz, Hofrat u. Oberstabsarzt a. D.

Druck und Verlag: W. Rieker'sche Buchdruckerei in Altensteig. Hauptschriftltg: Ludwig Lauk. Anzeigenltg.: Gustav Wohnlich, alle in Altensteig. D.-A.: II. 37: 2170. Zzt. Preisl. 3 gültig.

Neue u. ältere Möbel und Betten, Kleider und Schuhe **Verkauf.** Ständiges Lager.

1 schwarz pol. Klavier für RM. 190.—, 1 Vertiko, 1 Schreibtisch, schwarz poliert, 1 größerer Posten neue und gebr. Möbel, Stühle, Tische, 3 Wohnzimmer, Büfett, 1 weißer Spiegelschrank mit Waschtisch und 2 Nachttischen, 1 nußbaum polierter Schrank, Bettstelle und Bettladen, Roßhaarmatratzen, Küchenhocker, Wohn- u. Schlafzimmer, Schreibtisch, Sofa, Chaiselongue, Polsterstühle, 4 kleinere u. größere Auszugtische, Nähmaschine, eiserne Kinderbetten, Klavierstühle, vollständige Betten, Matratzen, Spiegel und Bilder, Kommoden und Schränke, 1 kleiner Warenschrank, Küchenbüfett und Hocker, Liegesportwagen, 2 kleinere Oefen, Badewanne, 2 gut erhaltene Klosetts, 1 Kassenschrank, 1 Kleiderschrank, 2 Aushängekasten, Lederjacken, Handschuhe, Hauben, Mäntel, Anzüge, Hochzeitsanzug, Arbeitskleider, Schuhe und Gamaschen, 1 größerer Posten Regenmäntel, gute Qualität mit kleinen Fehlern, 6 gute Sonntagsanzüge, zu äußerst billigen Preisen. Bei größerer Abnahme per Auto ins Haus.

Möbelhaus Hartmann, Freudenstadt, Fernruf 376.

Annahme von Bedarfsdeckungsscheinen.

Verbrauchergenossenschaft Nagold
e. G. m. b. H.

Wirtschaftlicher Transport
Schnelle, sichere Beförderung

FORD V-8 LASTWAGEN

Verlangen Sie eine Probefahrt

Vertretung:

Karl Ackermann jr., Automobile, Altensteig

Mehrere gebr. **Klaviere** haben mit voller Garantie abzugeben.

Schiedmayer & Soehne
Pianofortefabrik
Stuttgart, Neckarstraße 16

Wegen Erkrankung unseres seitherigen

Mädchen

suchen wir sofort ein ehrliches, fleißiges Mädchen für Haushalt und Wirtschaft Alter 18—20 Jahre.

Leonhard Seeger
Gasthaus zur „Schwane"
Renningen Kr. Leonberg.

Naturreinen

Honig

kann noch abgeben

Joh. Bäuerle, Egenhausen.

INSERATE
erbitten wir uns frühzeitig!

Martinsmoos.

Eine schöne, 36 Wochen trächt.

Kalbin

verkauft

Jakob Remschler.

Gemüse-Konserven

wie **Schnittbohnen, Erbsen, Karotten usw.**
empfiehlt billigst

Lorenz Luz jr., Inhaber Eugen Beck Altensteig.

Ulmer Münster-Lose

Preis ℳ 1.—
Ziehung vom 12.—13. März
sind zu haben in der

Buchhandlung Lauk, Altensteig.

Kinderwagen
Wochenendwagen

hält stets vorrätig und empfiehlt

Philipp Oltmar, Altensteig
Sattler- und Tapeziergeschäft.

Verlobungskarten
und
Hochzeitskarten

in reicher Auswahl
liefert billigst die

W. Rieker'sche Buchdruckerei
Altensteig

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw